

## ENDINGEN, WEIMAR UND DRITTES REICH

*Von Philipp Fehrenbach*

Die Jahre unmittelbar vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges waren für die Bewohner Endingens gekennzeichnet von der Sorge um das wirtschaftliche Überleben sowohl für die in der Landwirtschaft Tätigen – sie hatten 1912 und 1913 zwei Fehlherbste zu verkraften, deren Erlöse kaum 10 Prozent einer durchschnittlichen Ernte betrug – als auch für die in der Industrie Beschäftigten. Endingen zählte vier Industriebetriebe, zwei lederverarbeitende und noch zwei Zigarrenfabriken, nachdem 1910 eine in Konkurs gegangen war und ihren Betrieb eingestellt hatte; hart getroffen wurde von diesen Schwierigkeiten vor allem das Baugewerbe.<sup>1</sup>

Da ein großer Teil der Einkommen von den Erträgen der Landwirtschaft abhing (Wein- und Obstbau, Getreide), mithin in starkem Maße der Gunst des Wetters ausgesetzt war, richtete sich die Politik der Stadt in diesen Jahren darauf, mehr Unabhängigkeit von diesem unbeeinflussbaren Faktor zu erlangen.<sup>2</sup> Es wurden die verschiedenen badischen Handelskammern angeschrieben, denen die Nöte der Endinger eingehend geschildert wurden, mit der Bitte um Hilfe. Im wesentlichen trafen abschlägige Bescheide ein. Auch die Einschaltung verschiedener Ministerien brachte die Gemeinde nicht weiter. Einziges Ergebnis waren am 14.4.1914 Heeresaufträge für die Schuhfabrik Schöffert.

Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges beendete diese Aktivitäten der Stadtverwaltung zur Hebung der Hausindustrie oder Ansiedlung neuer Fabriken. Zusätzliche Probleme standen zur Lösung an, wie Einquartierungen und Verpflegung durchziehender Truppen. Daneben hatte die Stadt die Einberufung von mehreren hundert Männern zu verkraften, die somit weder der Landwirtschaft noch sonst zur Verfügung standen. Zusätzlich schloß während des gesamten Krieges der größte industrielle Arbeitgeber Endingens, die Lederfabrik Loesch, ihre Tore.<sup>3</sup>

Wir haben das Glück, für die Tage vom 31. Juli bis 17. August 1914 Tagebuchaufzeichnungen der Endinger Bürgerin Luise Bächle zu besitzen. Sie geben uns ein anschauliches, wenn auch sehr subjektiv geprägtes Bild davon, was in der Stadt geschah und was die Menschen bewegte:<sup>4</sup> Die Nachricht von der deutschen Kriegserklärung an Rußland am 1. August 1914 platzte mitten in die Erntezeit und brachte gleich erhebliche Behinderungen mit sich. Schon am Tag zuvor war der Telephonverkehr nur noch eingeschränkt möglich. Sowohl Telephon als auch Bahn waren für militärische Belange reserviert. Davon betroffen waren zunächst die Obstbauern, die ihren Kunden das gewünschte Gut per Express zukommen ließen. Am Abend des 31.7. wird „nach vielem Bemühen ... noch erlaubt, Expressegut aufzugeben, aber ohne Verantwortung der Bahn.“ Zunächst herrschte die Sorge um das Einbringen der Ernte vor, gepaart mit der Hoffnung, den drohenden Ereignissen zu entrinnen. „Man sieht und fühlt nur, große Dinge bereiten sich vor – aber wir vertrauen auf unseren Kaiser, er will ja nur den Frieden. Wird er wohl die Gefahr noch abwenden können?“ Zu diesem Zeitpunkt waren in den europäischen Hauptstädten die Weichen für einen Krieg längst gestellt.



„1. August 1914. Das Wetter ist schön und die Bauern bemühen sich, die Ernte, die grau vom vielen Regen ist, heimzubringen. Denn man weiß ja nicht, wann der Eine oder Andere gerufen wird. Die Frauen kaufen ganze Körbe voll Lebensmittel ein, aus Furcht vor einer Teuerung.“ Viele konnten allerdings keine Vorräte anlegen, weil die Ernte noch nicht verkauft, und somit noch kein Bares im Haus war.

Zur Bekanntgabe von Mobilmachung und Kriegserklärung: „... die Männer lassen sich nicht lange durch den Ernst der Lage niederdrücken. – Helle Begeisterung, für die Ehre des Vaterlandes kämpfen zu dürfen, folgt der ersten Bestürzung. Keiner fügt sich mit Widerwillen dem Befehl des Kaisers, jeder ist bereit, sein Leben für das Wohl des Vaterlandes einzusetzen.“

Am 3. August wurden die meisten Pferde requiriert, am selben Tag trafen die ersten Truppentransporte ein. Sie bestimmten das Bild der nächsten Tage: Soldaten aus Baden, Württemberg und Bayern auf ihrem Weg zur französischen Grenze durch die elsässischen Reichslande. Die Gemeindeverwaltung war in diesen Tagen vollauf damit beschäftigt, die einberufenen Endinger Männer zusammenzurufen und auf ihren Weg zu schicken, sie hatte Verpflegung und Einquartierung der durchziehenden Truppen zu organisieren. Die Bevölkerung selbst war schlecht informiert und lebte zu weiten Teilen von Gerüchten, von denen eines das andere jagte. Spürbar waren die enormen Verteuerungen der Lebensmittel, wenn auch Höchstpreise festgesetzt wurden.

Die Begeisterung der Männer, von denen sich viele als Freiwillige meldeten, fand ihre Entsprechung im Frauenverein, dessen Mitglieder in ihrer freien Zeit Decken für das in der Kornhalle eingerichtete Lazarett nähten.

Die Unruhe der ersten Wochen wich einem Kriegsalltag, in den immer wieder die Todesnachricht des einen oder anderen Endingers hineinbrach, hingeschlachtet in einem nach wenigen Monaten mit dem Scheitern des Schlieffenplans sinnlos gewordenen Kriege.

Am Ende hatte Endingen 118 Tote und Vermißte zu beklagen. Dies war nicht die einzige Kriegsfolge, die das monarchische System der Stadt und ihren Bewohnern mit in die republikanische Zeit gab. Es waren die Lasten des Versailler Vertrags zu tragen. Endingen sah sich plötzlich unweit der Grenze zu Frankreich, und zunächst einmal waren die Verbindungen ins benachbarte Elsaß abgeschnitten: Eine Stadt im Grenzland und in der entmilitarisierten Zone, konfrontiert mit all den Problemen, zusätzlich zu den schon vorhandenen, die solche Regionen auszeichnen.<sup>5</sup>

Wieder hieß die Frage, die während des Krieges vertagt worden war: „Wie ist der gewerblich industrielle Sektor zu stärken?“

Während im Reich und in Baden die Auseinandersetzungen um die Form der neuen Republik bis hin zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen führten, war davon in Endingen nichts zu spüren. Zwar gab es Arbeiter und eine örtliche SPD, zwar hatte man schon einmal 1910 einen Streik in Endingen hautnah miterlebt,<sup>6</sup> doch konnte man nicht von einer Arbeiterbewegung am Ort sprechen, die über einen entsprechenden Rückhalt verfügt hätte. Die Sozialdemokraten hatten zwar einen festen Wählerstamm, kamen aber bei Kommunalwahlen nie über drei Gemeinderatssitzen, von zehn möglichen, hinaus: 1919 134 Stimmen – 18,8 %, 1922 111 Stimmen – 17,3 %, 1926 142 Stimmen – 27,6 %.<sup>7</sup> Die Kommunisten standen nur auf überörtlicher Ebene zur Wahl, es gab in Endingen keine KP. Bei Reichstagswahlen waren 1924 4,9 % der abgegebenen Stimmen günstigstes Ergebnis.<sup>8</sup> Ebensowenig wie die äußerste Linke hatte die nationale Rechte eine Chance. Selbst bei den unter dem nationalsozialistischen Terror stattfindenden Reichstagswahlen vom März 1933 konnte die NSDAP nicht





43 Mobilmachungsbekanntgabe im Fronhof 1914



44 Durchmarsch an die Front, 1914



mehr als 34,1 Prozent der Stimmen erringen. Diesem Ergebnis standen entgegen das Zentrum mit 45,5 Prozent und die SPD mit 15,2 Prozent. Während der ganzen Jahre von 1919 bis 1933 errangen Sozialdemokraten und Zentrum bei Reichstagswahlen zusammen immer mehr als 60 Prozent der Stimmen.

Endingen ist ein Paradebeispiel einer katholischen Stadt, die fest zum Zentrum gestanden ist, wenn es auch auf örtlicher Ebene zu Aufsplitterungen und zu vom Zentrum abgelösten Kandidatenlisten bei Gemeinderatswahlen kam.<sup>9</sup> Es gab zu verschiedenen Zeiten Zentrumslisten, solche vom Bürgerverein Eintracht, solche von der Mittelstandspartei Endingen und von den vereinigten bürgerlichen Parteien Endingens. Dies waren Zusammenschlüsse verschiedener bürgerlich-konservativer Interessengruppen, die dem Zentrum sehr nahe standen, zum Teil mit ihm identisch waren. Ein Traumergebnis erzielte das Zentrum bei den Wahlen zur verfassungsgebenden badischen Nationalversammlung am 5.1.1919, als es in Endingen 68,8 Prozent der Stimmen erzielte.<sup>10</sup> Die Stärke der Zentrumspartei fand ihre Entsprechung im Kaiserreich und von daher ist es nicht verwunderlich, wenn nach dem Krieg an der Politik von vorher angeknüpft wurde, zwar in verändertem Rahmen, aber die Probleme der Stadt waren ja dieselben geblieben.

Während also das politische Leben in Endingen ebenso wie die sozialen und wirtschaftlichen Probleme von Kontinuität gekennzeichnet waren, wurden die Metropolen des Reiches geschüttelt von den Auseinandersetzungen um den richtigen Weg des neuen Staates, von der Frage, was ein annehmbarer Friedensvertrag wäre.

Nicht die Fragen einer zukünftigen Wirtschaftsgestaltung, nicht die nach einer neuen Sozialpolitik, bewegten die Endinger zuvorderst. Vielmehr standen auf der Tagesordnung: Wie lassen sich die Auswirkungen der schweren Strukturkrise in der Zigarrenindustrie mildern, die nach dem Weltkrieg ganz massiv hereingebrochen war.

Sie hatte mehrere Ursachen. Einmal waren die beträchtlichen Kapazitätsausweitungen während der Kriegsjahre mit veralteter Technik und schlecht organisiertem Vertrieb dafür verantwortlich, dazu trat ein eklatanter Kapitalmangel. Ferner schlugen vor allem die veränderten Rauchgewohnheiten durch, Zigaretten wurden favorisiert. In der Produktion hatten sie den Vorteil, in hohem Maße rationell hergestellt werden zu können.<sup>11</sup> Für Endingen brachte diese Krise mehrere Betriebsstillegungen in den 20er Jahren. 1923 und 1925 mußten zwei Zigarrenfabriken aufgeben.<sup>12</sup>

Während die Lederfabrik Loesch ihren Betrieb nach dem Kriege wieder aufnahm und rasch expandierte, kam die Schuhfabrik Schöffert, die den Krieg mit Militäraufträgen gut überdauert hatte, nach 1918 in erhebliche Schwierigkeiten, die sich in der Inflationszeit noch verstärkten. Der schlechte Geschäftsgang führte zum Jahresende 1925 zur Betriebsstillegung.<sup>13</sup> Zwar wurde die Produktion erneut aufgenommen, doch ließen die Schwierigkeiten nicht nach. Sie führten schließlich 1933 zur Übernahme durch die Firma Loesch.

Die Politik der Stadt bestand darin, Voraussetzungen zu schaffen, damit Industrieansiedlungen möglich werden sollten. Schon in den Jahren vor dem Krieg war von seiten des badischen Innenministeriums wiederholt in diesem Zusammenhang die wirtschaftliche Bedeutung des Stroms betont worden. Es animierte im Februar 1910 die Gemeinden zur Errichtung elektrischer Zentralen und warb dafür, die Ortsnetze von dem Schweizer Elektrokonzern Brown, Boverie und Co. (BBC) ausführen zu lassen, weil dies seinen deutschen Fabrikanlagen im badischen Mannheim eine bessere Auslastung garantieren würde.<sup>14</sup> Endingen hatte schon in den Jahren 1904 bis 1907 ein städtisches Gaswerk errichtet und konnte nicht beide Aufgaben finanziell bewältigen. So gehörte die Stadt zu den 15 Gemeinden, die 1919





45 Kriegerdenkmal 1870/71



46 Kriegerdenkmal 1914-1918 und 1939-1945;  
im Hintergrund das alte Spritzenhaus



47 Am Bahnhof Endingen; Teilevakuierung 1944



noch ohne elektrische Stromversorgung waren, während dies auf 23 Gemeinden im Landkreis Emmendingen nicht mehr zutraf. Im Jahre 1919 schließt die Stadt Endingen mit der Überlandzentrale Oberhausen einen auf 15 Jahre befristeten Vertrag über die Zulieferung elektrischen Stroms ab. Nach dem Bau einer Leitung konnte erstmals Ende 1920 Strom entnommen werden. Allerdings existierte noch kein Ortsnetz, so daß zu jedem Verbraucher gesonderte Leitungen gelegt werden mußten, die von einer Umspannstation am Ortsrand ausgingen. Trotz dieser zusätzlichen Schwierigkeit war der „neue“ Energieträger derart begehrt, daß im Januar 1921 schon 135 Glühlampen und 8 Elektromotoren (zus. 17 PS) mit Strom versorgt wurden, im September des gleichen Jahres waren es schon 294 Glühlampen und 20 Elektromotoren (46,5 PS) – gleichzeitig versorgte das Gaswerk (14 Betriebsjahre!) immer noch 9 Gaskraftmaschinen.<sup>15</sup> An der starken Stromnachfrage von seiten der Gewerbebetriebe, allen voran die Lederfabrik Loesch, ist schon zu ersehen, wie dringend die Entscheidung des Gemeinderats gewesen war, ein örtliches Stromversorgungsnetz zu errichten. Wenn auch Bedenken von seiten des städtischen Gaswerks ausgeräumt werden mußten. Der Direktor der Gasanstalt änderte seine prinzipielle Gegnerschaft zum gefürchteten Konkurrenten dahingehend, daß er zusammen mit der Berufsgemeinschaft der Gas- und Wasserwerke versuchte, eine Elektrizitätsanlage im Nebenbetrieb des Gaswerks zu führen. Dies hätte allerdings bedeutet, daß die Gemeinde den Vertrag mit der Überlandzentrale Oberhausen gekündigt hätte. Diese aber war zu einer Lösung des Vertrags vor 1934 nicht bereit.

Somit blieb die Stadt für die nächsten Jahre von der Überlandzentrale als Stromlieferanten abhängig. Besonders deutlich trat dies während des Ruhrkampfes hervor, in dessen Verlauf die schon im Weltkrieg einsetzende Inflation zu einer galoppierenden wurde und die Preise geradezu astronomische Höhen erreichten: Mitte Juli 1923 war der Strompreis um das 272fache gegenüber dem Ende des Vormonats gestiegen. Die Stadt als Betreiberin des mittlerweile von der Rheinelektra installierten Ortsnetzes hatte die Stromgebühren vom Verbraucher einzuziehen und mußte mit Oberhausen abrechnen. Da sich die Preise in einer ständigen Bewegung nach oben befanden, brachte jeder Verzug in der Abrechnung Verluste mit sich. Darüber kam es zu ständigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Partnern Stadt und Überlandzentrale, weil diese immer zu aktuellen Preisen kassieren wollte. Mit Einführung der Rentenmark im Oktober 1923 unter der Regierung Stresemann wurde diesen ständigen Querelen ein Ende bereitet.

Unter den Auswirkungen des Ruhrkampfes hatte auch das Gaswerk zu leiden, das zwar für seinen Koks gute Erlöse erzielte, aber enorme Schwierigkeiten hatte, die erforderliche Kohle für die Vergasung zu ordern; zeitweise ruhte die Kohleförderung und es war nicht möglich, Ruhrkohle über den Rhein zu transportieren.

Im Zuge der Erholungsphase, die mit der Rentenmark eintrat, verbesserten sich auch die Finanzverhältnisse der Stadt. Damit war ein geringer Spielraum offen, um die drängenden sozialen Probleme anzugehen. Im Jahre 1925/26 wurden, der dringenden Wohnungsnot folgend, sogenannte „Notwohnungen“ in einem ehemaligen Fabrikgebäude eingerichtet, die sich allerdings kaum zehn Jahre später aufgrund der schlechten Ausführung in einem sehr desolaten Zustand befanden. 1936 wurde vom Bürgermeisteramt erklärt: „Eine NS-Gemeinde kann so etwas nicht dulden“. Der Bau von Volkswohnungen wurde daraufhin in Angriff genommen. Es entstand 1937 ein 4-Familienwohnhaus.<sup>16</sup>

In den Jahren 1924 bis 1929 erfreute sich die Republik von Weimar wirtschaftlicher Prosperität, sie gingen als die „Goldenen Zwanziger“ in die Geschichte ein. Außenpolitisch war man bemüht, die Folgen des Vertrags von Versailles abzumildern, dies bestimmte die deut-



sche Ost- und Westpolitik (Rapallo 1922, Locarno 1925, Eintritt in den Völkerbund 1926). Innenpolitisch schienen die unruhigen ersten Jahre der Republik vergessen (Kapp-Putsch 1920, Ermordung Erzbergers und Rathenaus 1921/22, Ruhrkampf 1923, Hitler-Putsch 1923).

In diesen Jahren faßte die Gemeinde zusammen mit der Gaswerksdirektion den Plan, nach erfolgreichem Abschluß der *Elektrifizierung* der Stadt, den Gasabsatz dadurch zu steigern, daß eine Gasfernversorgung von Endingen über Kenzingen bis Herbolzheim angegangen wurde. Man beauftragte die Firma Wilhelm Neu in Heidelberg mit der Ausarbeitung der Pläne. Die Arbeiten dazu zogen sich von 1925 bis 1929 hin und endeten mit dem Hereinbrechen der Weltwirtschaftskrise.<sup>17</sup> Projektiert war auch die mögliche Versorgung des nördlichen Kaiserstuhlgebietes in einer zweiten Ausbauphase. Das im Dezember 1927 entstandene Konkurrenzunternehmen des Gaswerks Emmendingen scheint die Endinger nicht von ihren Plänen abgebracht zu haben,<sup>18</sup> obwohl sogar der badische Landtag am 24.1.1928 sich für das Emmendinger Projekt aussprach und seine hohe Bedeutung für die Wirtschaft und das flache Land betonte. Versorgt werden sollten von Endingen aus Kenzingen, Herbolzheim, Ettenheim in nördlicher Richtung, Teningen in westlicher Richtung. Das Endinger Unternehmen gedieh zwar über das Planungsstadium dergestalt hinaus, daß die Berliner Firma Gasanstaltsentwicklungsgesellschaft mit dem Bau beauftragt wurde, aber die Weltwirtschaftskrise verhinderte einen Baubeginn. Im März 1931 vermerkt eine Aktennotiz: „Die Ferngasversorgung ist momentan auf ein totes Gleis gekommen.“ Wieder einmal war der Versuch gescheitert, Endingen mehr Zentralität zu verschaffen.

Das wiedergewonnene Selbstbewußtsein der Deutschen fand auch in Endingen mit der Einweihung des Kriegerdenkmals an der Martinskirche am 6. November 1927 seinen Ausdruck,<sup>19</sup> als man mit Stolz der Toten des Ersten Weltkriegs gedachte.

Der 24. Oktober 1929 ist jener „schwarze Donnerstag“, an dem sturzartig die Aktienkurse an der New Yorker Börse sanken, was sich in den folgenden Tagen fortsetzte. Dieses Datum bezeichnet das Ende einer Periode des wirtschaftlichen Wachstums, es leitet eine mehrjährige Schrumpfung der Wirtschaft ein. Anfangs ging man von einer kurzfristigen Krise aus und blickte auch in Deutschland 1930 noch recht optimistisch nach vorne. Doch das Jahr 1931 brachte keine Besserung, sondern raschen Rückgang der Produktion, erschreckendes Ansteigen der Arbeitslosenzahlen ohne saisonale Entlastung, die Bankenkrise im Juni/Juli. Damit war allen recht deutlich vor Augen geführt, welches Ausmaß die Krise in Deutschland angenommen hatte.

Nachdem die Schuhfabrik Schöffert seit der Mitte der zwanziger Jahre von der starken Belebung auf dem Schuhmarkt profitieren konnte und die schlechten Jahre hinter sich glaubte, kam für sie in der Krise zum zweiten Male fast das Ende. Zum 30.12.1931 wurden 1 Angestellter, 21 männliche und 7 weibliche Arbeiter entlassen,<sup>20</sup> bis zum Verkauf an die Firma Loesch konnte sie sich nicht wieder konsolidieren.

Wie schon öfter in der Endinger Geschichte gingen wirtschaftliche Notzeiten einher mit schlechten Ernten im Weinbau. Im strengen Winter 1928/29 waren viele Reben erfroren. So wurde das Jahr 1929 lange vor dem Börsenbruch eingeleitet von einer „schweren Not“ der Endinger Winzer.<sup>21</sup> Auch das Jahr 1932 brachte keine Verbesserung der Lage. Im Gegenteil, als ob sich die Natur auch gegen die Stadtbewohner verschworen hätte, richtete im Sommer 1932 ein schweres Unwetter erheblichen Schaden in Flur und Weinbergen an. Durch Erdrutsche verschüttete Wege und Ernteauffälle blieben zurück. In Arbeitsbeschaffungsprogram-



Stadtgemeinde Endingen a. R.  
 Gutschein für  
**Zehn Milliarden Mark**  
 Endingen, den 2. November 1923.  
 Der Gemeinderat:

Zehn Milliarden Mark



Dieser Gutschein verliert seine Gültigkeit in den „Reifen“

Endingen im 16. Jahrhundert



Gutschein für  
**Zweihundert Milliarden Mark**  
 Endingen, den 23. November 1923.  
 Der Gemeinderat:

Der Stadtrechner:  
*Kalchthaler*

Dieser Gutschein verliert seine Gültigkeit nach öffentlicher Bekanntmachung in den „Reifen“



Gutschein für  
**Dreihundert Milliarden Mark**  
 Endingen, den 23. November 1923.  
 Der Gemeinderat:  
*Seilnacht*

Der Stadtrechner:  
*Kalchthaler*

48 Inflation 1923: Notgeld der Stadt Endingen  
 Unterschriften:  
 Bürgermeister Seilnacht  
 Stadtrechner Kalchthaler



men der Gemeinde wurden Arbeitslose bei der Beseitigung der Umweltschäden eingesetzt.<sup>2 2</sup> Die Einkommenseinbußen in der Landwirtschaft waren erheblich und verminderten zusätzlich die Kaufkraft in der Stadt. In diese Stimmung, nach fast dreijähriger Krise, platzte ein Ereignis, das Endingen Schlagzeilen in der internationalen Presse einbringen sollte.

Der Fall Daubmann wurde erst zum „Fall“ dadurch, daß er von der nationalen Rechten zu einer massiven Kampagne gegen das Nachbarland Frankreich benutzt wurde.<sup>2 3</sup> Die Geschichte sei kurz erzählt. Der aus Offenburg stammende Ignaz Hummel verließ seine Familie und fuhr nach Italien, wo er ohne Geldmittel rasch in Nöte kam. Er verfiel auf die Idee, sich als Oskar Daubmann auszugeben, einen Endinger, der im 1. Weltkrieg 1916 gefallen war. Hummel kannte sich in Endingen etwas aus, weil er in seiner Jugend einige Jahre dort verbracht hatte. Dazu erfand er eine eher unglaubliche Geschichte über eine 16jährige französische Gefangenschaft und eine abenteuerliche Flucht durch Nordafrika. Auf dem deutschen Konsulat in Neapel ließ man sich sehr bereitwillig von Hummel von seiner falschen Identität überzeugen und händigte ihm eine Fahrkarte nach Freiburg aus. Damit wäre die Absicht des falschen Daubmanns erfüllt gewesen.

Doch dann trieben ihn äußere Umstände in eine Situation, aus der er sich nicht so einfach davonstellen konnte: An der italienisch-schweizerischen Grenze nahm ihn ein ehemaliger Regimentskamerad des echten Daubmann in Empfang, in Basel kam die badische Presse hinzu. Hummel entschloß sich zum Mitspielen und lernte seine Daubmann-Rolle nahezu perfekt. In einen Sturm nationaler Begeisterung und Entrüstung gegen Frankreich schlug das Geschehen um, nachdem sich die nationale Presse der Sache angenommen hatte.<sup>2 4</sup>

Als der Fall derart öffentlich geworden war, lag die Beweislast der persönlichen Identität nicht mehr bei Hummel, sondern die Zweifler, sie gab es von Anfang an, auch in Endingen, mußten ihn als Lügner entlarven. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei dauerten entsprechend lange, so daß Hummel bis zu seiner Überführung im Oktober 1932, mehr als ein Vierteljahr, in der Rolle des Oskar Daubmann durch die Lande reiste, unterstützt und angefeuert vom ehemaligen Bataillonskommandeur des echten Daubmann, Bumiller, der sich quasi zu Hummels Manager machte.

Am Ende wurde Hummel zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt, die die Nationalsozialisten zu einer unbefristeten Schutzhaft verlängerten; sie nahmen es ihm übel, daß er sie an der Nase herumgeführt hatte.

In einer schweren, von Krisen geschüttelten Zeit hatte man für eine kurze Spanne einen Helden, dessen schweres Schicksal mit scheinbar glücklichem Ausgang der eigenen dunklen Zukunft ein paar Strahlen der Hoffnung zukommen ließ.

Jene Monate sahen auch die Nationalsozialisten auf dem Gipfel ihrer Wahlerfolge. Zwei Reichstagswahlen machten sie zur stärksten Partei im deutschen Reichstag mit 37,4 % der Stimmen im Juni 1932 und 33,1 % im November desselben Jahres. In Endingen entfielen auf die NSDAP jeweils zwischen 27 und 28 Prozent der abgegebenen Stimmen<sup>2 5</sup> (also 449 und 454 Stimmen). Wie oben schon ausgeführt wurde, war Endingen eine Hochburg des Zentrums.

Die Gleichschaltung verlief ohne besondere Vorkommnisse. Die Vereine wurden in die NS-Organisationen eingegliedert. Der „neue“ Gemeinderat setzte sich aus zwei seit 1930 der NSDAP angehörenden und vier in den Monaten März, April und Mai 1933 in die Partei eingetretenen Mitgliedern zusammen. Der „neue“ Bürgermeister war zunächst der alte. Obwohl er zum 1.7.33 ebenfalls Parteimitglied wurde,<sup>2 6</sup> setzte die NSDAP 1934 an seine Stelle ein langjähriges Mitglied aus Emmendingen. Die Veränderungen machten sich erst nach und





49 Heimkehr des falschen Oskar Daubmann



50 Etwa 30000 Menschen begrüßten den falschen Heimkehrer, nachdem das Deutsche Konsulat in Neapel dem Bürgermeisteramt wörtlich bestätigt hat: „Seine (Daubmanns) Identität konnte einwandfrei festgestellt werden.“



nach bemerkbar. Dagegen wandte sich der „NS Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes in der Deutschen-Arbeits-Front: er führte Beschwerde über den Endinger Ortsgruppenleiter, der nicht NS-Unternehmer bevorzugt mit Aufträgen versehen hätte und führte die „Zentrums-Druckerei“ Wild an,<sup>27</sup> die zuviele Aufträge bekommen hätte.

Ähnlich auf persönlichen Vorteil aus war ein Endinger Handwerksmeister, der fünf Endinger am 22.2.1934 anzeigte, weil sie das Handwerk in Schwarzarbeit ausführten. Lediglich ein Friseurlehrling wurde zu einer Geldstrafe verurteilt.<sup>28</sup>

Ein Zug des faschistischen Systems war die Denunziation und Bespitzelung der Bürger, wie auch das nächste Beispiel zeigt und wie an der Vorgehensweise gegen die Juden (s.u.) deutlich wird.

Am 13.2.1934 brachte ein Endinger Buchdrucker die „Endinger Faschingsnachrichten“ heraus. In ihr wurden Endinger Parteimitglieder der NSDAP satirisch dargestellt; die Kreisleitung in Emmendingen zeigte den Drucker wegen Beleidigung an, hatte aber keinen Erfolg. Das Gericht stellte am 30.5.34 das Verfahren ein, was wiederum erfolglos auf Druck der Kreisleitung vom Bezirksamt moniert wurde.<sup>29</sup>

Das erklärte Ziel der NSDAP, die Verminderung der Arbeitslosenzahlen, ging Hand in Hand mit den Vorbereitungen zur Aufrüstung. Eine Vorstufe dazu bildete der paramilitärische Arbeitsdienst.<sup>30</sup> Ab 1935 wurden die Wehrpflichtigen erfaßt,<sup>31</sup> dem folgte die Erfassung der Quartiere und erste Einquartierungen, dann die Arbeiten am „Westwall“.

Trotz alledem hatte Endingen um 1935 eine der höchsten Arbeitslosenraten im Landkreis.<sup>32</sup>

Über die Einzelheiten der Durchdringung des täglichen Lebens mit Verordnungen und Aufrufen der NS-Propaganda schweigen die Quellen zu Endingen. Lediglich die Allpräsenz des Mediums Rundfunk und der NS-Gewalten mit ihren dort zu hörenden Reden wären hier festzuhalten, denn die Stadt hatte sich schon vor 1937 mit gemeindeeigenen Rundfunkgeräten ausgestattet, die über Lautsprecheranlagen auf den öffentlichen Plätzen das Ohr der Endinger erreichten.<sup>33</sup>

Ein besonders dunkles Kapitel deutscher Geschichte ist das der nationalsozialistischen Rassenpolitik. Auf sie soll im folgenden näher eingegangen werden.

Antisemitismus und antijüdische Ausschreitungen haben in Deutschland eine lange Tradition. Auch in Endingen. Erinnern wir uns: 1331 nehmen die Üsenberger die in Endingen wohnenden Juden unter ihren Schutz.<sup>34</sup> Doch schon knapp einhundert Jahre später, 1427, versichert Herzog Friedrich von Österreich der Stadt Endingen, sie nicht zu drängen, Juden in ihren Mauern aufzunehmen.<sup>35</sup> Auf Grund falscher Mordanschuldigungen werden 1470 mehrere Juden hingerichtet,<sup>36</sup> die Überlebenden und deren Nachkommen müssen auf ewige Zeiten Stadt und Bann verlassen. Zum Jahresende 1517 sieht sich Kaiser Maximilian gezwungen, der Stadt Endingen ihr Vorrecht, keine Juden in Stadt und Bann aufnehmen zu müssen, neu zu bestätigen.<sup>37</sup> In den folgenden Jahrhunderten handhabt der Rat der Stadt dieses Privileg sehr restriktiv. So 1572, als die beiden Emmendinger Juden Isaak Lazarus und Marx des Vergehens beschuldigt werden, den Banndistrikt der Stadt betreten zu haben.<sup>38</sup> Noch 1768 wird der aus Sulzburg stammende Beer Salomon in der Stadt wegen desselben Vergehens in Arrest genommen.<sup>39</sup> Erst im Zuge der Josephinischen Reformen werden die diskriminierenden Beschränkungen der jüdischen Bevölkerung im Jahre 1785 aufgehoben.<sup>40</sup> Dennoch kommt es in der Folgezeit wiederholt zu antisemitischen Ausschreitungen, so in den Jahren 1794 und 1817, wie Karl Kurrus berichtet.<sup>41</sup> Im weiteren Verlauf des 19. Jahrhunderts siedeln sich mehrere Juden in Endingen an, trotz der negativen Vorgeschich-



te. So finden sich 1871 im Jahr der Reichsgründung sechs, 1888 gar 43, 1905 noch 27, 1925 10 und im Jahr der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 immerhin noch 5 jüdische Mitbürger in Endingen.<sup>42</sup>

Das Leben dieser fünf Endinger stand seit dem 30. Januar 1933 unter dem Zeichen ständig zunehmender Schikanen, bis hin zum angedrohten und planmäßig durchgeführten Mord. Propagandistisch vorbereitet wurde die „Rasse- und Ausmerzpolitik“ durch die verschiedenen Presseerzeugnisse und andere Publikationen der Nationalsozialisten. Stellvertretend sei hier die Parteizeitung „Der Alemanne“ erwähnt, deren langjähriger Schriftleiter der spätere Freiburger Oberbürgermeister Kerber gewesen ist. Er gab in seinem Heimatort Endingen zusammen mit dem späteren Kreisleiter von Emmendingen, Rehm, ein örtliches Nachrichtenblatt der NSDAP unter dem Namen „Der Vulkan“ heraus.<sup>43</sup> Unmittelbar nach dem Eintritt der Nationalsozialisten in die Reichsregierung unter der Kanzlerschaft ihres Führers Adolf Hitler, der sogenannten Machtergreifung am 30. Januar 1933, begannen, wie zuvor nicht nur in Hitlers Buch „Mein Kampf“ angekündigt, die antijüdischen Maßnahmen des nationalsozialistischen Systems. Ausschreitungen, Boykotte jüdischer Geschäfte und ähnliches wurden von einer Vielzahl von gesetzlichen Maßnahmen und Verordnungen begleitet, die zu einer fortschreitenden Entrechtung der Juden führten.

Nach ersten judenfeindlichen Gewalthandlungen, auch im nahen Freiburg, wurde mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 ein erster gesetzlicher Schritt gegen die Juden vollzogen. Im § 3 hieß es: „Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand ... zu versetzen; soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen.“ Eine gewisse Einschränkung ergab sich aus dem Absatz 2 dieses Paragraphen: „Absatz 1 gilt nicht für Beamte, die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind, oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter und Söhne im Weltkrieg gefallen sind.“ Die Sprachregelung dieses Gesetzes und anderer Ausnahmegeetze aus demselben Jahr vermied noch offene judenfeindliche Töne, anstelle von „Juden“ sprach man von „Nichtariern“.

Schon zweieinhalb Jahre später waren diese Rücksichtnahmen völlig verschwunden, dokumentiert durch das am 15. September 1935 auf dem Nürnberger Reichsparteitag verkündete „Reichsbürgergesetz“ und durch das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“. In Verbindung mit einer heftigen antijüdischen Kampagne in Presse und Rundfunk bildeten diese „Nürnberger Gesetze“ die Grundlage für den Ausschluß der Juden aus dem öffentlichen Leben.<sup>44</sup> Neben der Staatsbürgerschaft wurde die „Reichsbürgerschaft“ gesetzlich eingeführt. In der „Ersten Verordnung zum „Reichsbürgergesetz“ wurde bestimmt: „Ein Jude kann nicht Reichsbürger sein, ihm steht ein Stimmrecht in politischen Angelegenheiten nicht zu, er kann ein öffentliches Amt nicht bekleiden.“ Das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ verbot Eheschließungen „zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes“. „Jude ist, wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammt.“

Damit setzten sich der Rassenstandpunkt und auch der eingeführte Begriff des „jüdischen Mischlings“ endgültig durch. Dieser Begriff wurde auf Personen mit „einem oder Zwei der Rasse nach volljüdischen Großelternanteilen“, angewendet.

Mit dem „Reichsbürgergesetz“ endete die rechtliche Gleichstellung der Juden in Deutschland, die 1869 bzw. 1871 nach langwierigen Bemühungen erreicht worden war. Die Vielzahl der dem „Blutschutzgesetz“ folgenden Verordnungen führte zum „Arierparagraphen“, mit



dem Juden aus vielen Berufen und Wirtschaftszweigen ausgeschlossen wurden. Rassische Mischehen sowie „der außereheliche Verkehr zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen und artverwandten Blutes“ waren verboten. Verboten wurde den Juden ferner, nicht-jüdische weibliche Angestellte unter 45 Jahren zu beschäftigen und die deutschen Flaggen und Farben zu zeigen. Im Laufe der Jahre wurden, von diesen Gesetzen ausgehend, den deutschen Juden alle Lebensmöglichkeiten genommen.

Für die Jahre 1933 bis 1935 finden sich in den Akten keine Hinweise auf konkrete Aktionen gegen Endinger Juden, obwohl schon im Februar 1933 das Parteiorgan „Der Alemanne“ massive antijüdische Hetze betrieb<sup>45</sup> und zu Aktionen aufrief. Vom 26.7.1935 datiert ein Schreiben von der Parteizentrale in Karlsruhe, die nach der Beteiligung von Juden an Betrügereien fragt und Vertraulichkeit gewährleistet.<sup>46</sup> Offensichtlich wurde Material zusammengetragen gegen die jüdische Bevölkerung; aber auch gegen „arische Bürger“, die jüdische Interessen vertraten, wurden spätestens seit Mai 1935 Sanktionen vorbereitet.<sup>47</sup>

Nach einer gewissen Phase der Zurückhaltung im Jahre 1936, in dem in Deutschland die Olympischen Winter- und Sommerspiele stattfanden, begann ab 1937 die Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft. Berufsverbote standen neben steuerlichen Mehrbelastungen. Daneben begann die „Arisierung“ jüdischer Geschäfte und Firmen, das heißt die Besitzübertragung jüdischer Unternehmungen an „Arier“, also an Nichtjuden, bzw. deren Unternehmungen. Zahlreiche deutsche Firmen, auch der Kleinhandel, übernahmen – zunächst auf „freiwilliger“ Basis – jüdische Objekte. Im Verlauf des Jahres 1938 begann auf der Grundlage neuer gesetzlicher Bestimmungen die „Zwangsarisierung“. Sie ließ die Zahl der arisierten Betriebe sprunghaft ansteigen.

Diese Politik der Ausschaltung der jüdischen Bevölkerung aus dem Wirtschaftsleben betraf in Endingen drei Unternehmungen. Es waren dies die Zigarrenfabrik der Fa. Odenheimer, das Konfektionsgeschäft des Siegfried Hauser und der Manufaktur- und Kurzwarenhandel der Rosa Blum.

Die 1928 gegründete Zigarrenfabrik Odenheimer wurde in den ersten Monaten des Jahres 1938 auf „freiwilliger Basis“ arisiert, die Inhaber verkauften ihren Besitz, wanderten aus und konnten sich so der heraufziehenden Vernichtungsmaschinerie entziehen.<sup>48</sup>

Siegfried Hauser übernahm von seinem Vater ein für Endinger Verhältnisse großes Konfektionsgeschäft, das er zusammen mit seiner aus Durlach stammenden Ehefrau Lina, geb. Fröhlich führte. Er, der für Deutschland am Ersten Weltkrieg als Offizier teilgenommen hatte und mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet worden war, mußte sein Unternehmen ebenfalls 1938 verkaufen. Daraufhin verließ er mit seiner Frau Lina Endingen und siedelte nach Freiburg über, wo auch seine Brüder Wilhelm und Julius wohnten. Während es Wilhelm und Julius gelang, dem nationalsozialistischen Terror zu entkommen – ersterer verstarb kurz nach seinem 100. Geburtstag 1983 in der DDR, letzterer 1967 in Basel – gingen Siegfried und seine Frau Lina den Weg der badischen Juden über Gurs (22.10.1940) nach Auschwitz, wo beide ermordet wurden.<sup>49</sup>

Der Manufaktur- und Kurzwarenhandel von Frau Rosa Blum in der Adolf-Hitler Straße 78 war zur Jahresmitte 1938 das einzige jüdische Geschäft in Endingen, wie die Industrie- und Handelskammer Freiburg dem Landratsamt in Emmendingen in einem Schreiben vom 27.6.38 mitteilte.<sup>50</sup> Nach der „Reichskristallnacht“ am 9./10. November 1938 (auf sie soll weiter unten eingegangen werden), befand sich Frau Blum im St. Josephskrankenhaus in Freiburg, danach bei ihrem Bruder Julius Blum, der in der Breisgauemetropole eine Herrenschniderei betrieb. In der Nacht vom 9. auf den 10. November verwüstete ein



Trupp NSDAP-Mitglieder Wohnung und Geschäft von Rosa Sarah Blum. Ob ihr Krankenhausaufenthalt damit in Zusammenhang stand, ließ sich nicht mehr völlig klären. Sie verstarb am 6. März 1939 in Freiburg. Julius Blum wurde am 22.10.1940 ins Sammellager Gurs verschleppt, von wo aus er im Zuge der „Endlösung“ ins Vernichtungslager Auschwitz eingeliefert wurde. Dort verliert sich die Spur des knapp sechzigjährigen Mannes.<sup>5 1</sup> Wahrscheinlich wurde er dort ermordet.

Das kleine Geschäft der Rosa Blum mußte zum Jahresende 1938 nicht geschlossen und „entjudet“ werden, weil sie aus Freiburg nicht mehr nach Eendingen zurückkehrte, wie zwei Schreiben vom Februar 1939 abschließend bemerkten.

Der geistig gebrechliche aber gutmütige Jakob Maier, genannt „s Jude-Maiers-Jakob“, geboren 1893 in Eendingen, war von allen Eendingern gerne gesehen. Im Dritten Reich wurde er in eine Anstalt beordert und sein sicher gewaltsamer Tod nachträglich mit Datum vom 31.12.1945 beim Standesamt Eendingen beurkundet.

Die antijüdischen Ausschreitungen vom 9./10. November 1938 bildeten den Auftakt einer beginnenden systematischen Judenvernichtung in Europa, die im Geschehen von Auschwitz kulminierte; sie war damals noch nicht vorauszusehen und ist auch heute noch kaum vorstellbar.

Den eigentlichen Anlaß bildete das Attentat auf den Botschaftssekretär von Rath in der Deutschen Botschaft in Paris am 7.11.38 durch den 17-jährigen polnischen Juden Herschel Grünspan. Von Rath erlag am Nachmittag des 9.11. seinen tödlichen Verletzungen. Kristallnacht und Folgemaßnahmen müssen aber im Zusammenhang mit den Bestrebungen gesehen werden, die Juden aus der Wirtschaft des Reiches auszuschalten und sie letztlich aus Deutschland zu vertreiben. Herschels Tat geschah in Reaktion auf die Deportation von mehreren tausend polnischer Juden, darunter seiner Eltern, an die polnische Grenze und deren Abschiebung nach Polen.<sup>5 2</sup>

Auf die Nachricht vom Attentat begann unter Regie des Propagandaministers eine massive antijüdische Kampagne, in der die Tat eines Einzelnen zum Anschlag des Weltjudentums auf das deutsche Volk hochstilisiert wurde. Am Abend des 9.11. hatte sich die NS-Führung in München versammelt, um des „Marsches auf die Feldherrenhalle“, jenes fehlgeschlagenen Putsches vom 9. November 1923 zu gedenken. Die Nachricht vom Tode von Raths nahm Propagandaminister Goebbels zum Anlaß, eine heftige antijüdische Rede zu halten, darin verwies er auf spontane Vergeltungsaktionen in Kurhessen und Magdeburg. Die anwesenden Führer von Partei und SA erließen per Telephon und Fernschreiber Einsatzbefehle an ihre Dienststellen, in der Annahme, daß solche „Vergeltungsaktionen“ bei der Parteiführung erwünscht wären. Das Programm „J“ konnte beginnen.

Die Folgen waren eindeutig und für die Juden katastrophal: mehrere hundert Geschäfte zerstört, Warenhäuser demoliert, weit mehr als einhundert Wohnhäuser vernichtet, Synagogen verwüstet und in Brand gesteckt, 91 Juden ermordet, viele schwer Verletzte, ca. 30 000 Juden (Männer) wurden in Konzentrationslager verschleppt („Schutzhaft“), wo sie Wochen und Monate verbringen mußten, manch einer kam nicht mehr lebend zurück.

Unter den „Schutzhäftlingen“ befanden sich auch die beiden aus Eendingen stammenden Siegfried und Willhelm Hauser. Sie wurden am 10. November in Freiburg festgesetzt und ins Konzentrationslager Dachau transportiert<sup>5 3</sup>. Dort waren sie „zum Schutze vor Übergriffen der deutschen Bevölkerung“ zusammen mit mehr als einhundert Leidensgenossen aus Freiburg zum Teil für mehrere Monate inhaftiert, wenn sie nicht schon zu Tode gebracht worden waren.



Am 11. November wurde den Juden Waffenbesitz verboten, dazu traten am Tage darauf drei Verordnungen von großer Tragweite in Kraft:

- es wurde ihnen eine Kontribution in Höhe von einer Milliarde Reichsmark auferlegt
- sie mußten „alle Schäden, welche durch die Empörung des Volkes“ entstanden waren, auf eigene Kosten beseitigen, Versicherungsansprüche konnten nicht geltend gemacht werden
- in der „Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben“ wurde ihnen der „Betrieb von Einzelhandelsverkaufsstellen, Versandgeschäften, Bestellkontoren, sowie der selbständige Betrieb eines Handwerks untersagt“.

Die letzte Verordnung war Rechtsgrundlage für das Vorgehen gegen das Geschäft der Rosa Blum und das ihres Bruders in Freiburg.

Mit der „Reichskristallnacht“ war ein erster Höhepunkt im Vorgehen gegen die jüdische Bevölkerung in Deutschland erreicht. Seine Steigerung ins Unfaßbare erfuhr er, als nach Beginn des Zweiten Weltkrieges mit der „Endlösung“ die planmäßige Vernichtung der europäischen Juden in den von den Deutschen besetzten Gebieten durchgeführt wurde.<sup>54</sup> An deren Ende stand der Mord an mehreren Millionen jüdischer Menschen, unter ihnen die bereits oben genannten Endinger Mitbürger; ein Geschehen, das immer den Namen Deutschlands schwer belasten wird.

Als nach zwölfjähriger NS-Herrschaft und sechs Kriegsjahren am 20. April 1945 die französischen Truppen einmarschierten, war es damals Befreiung oder Niederlage? Hier kann nur eine Bilanz der personellen und materiellen Verluste angeführt werden. 184 Tote und Vermißte waren zu beklagen. Dieses Mal hatte der Krieg auch die Zivilbevölkerung getroffen, in Endingen waren 23 Gebäude total, 40 schwer und 128 leicht zerstört.<sup>55</sup>

Die Glocken der Peters- und Martinskirche – sie hatten den Krieg dank des vehementen Einsatzes von Wilhelm Hug unbeschadet überstanden – konnten am Ende einer Schreckenszeit der Hoffnung auf Frieden Ausdruck geben.

## ANMERKUNGEN

### Abkürzungen

- GLA = Generallandesarchiv Karlsruhe  
StA Endingen = Stadtarchiv Endingen  
StaA Fr. = Staatsarchiv Freiburg

1 StaA Fr LA Emmendingen 206 und „Breisgauer Nachrichten“ 13.11.1913.

2 StaA Fr LA Emmendingen 243.

3 Hundert Jahre Carl Loesch, Lederfabrik Endingen (Baden). - Endingen 1949, S. 11; StaA Fr LA Emmendingen 243. Anders als die Lederindustrie, die für die militärische Ausrüstung produzierte, war Loesch auf die Fertigung hochwertiger Leder für den Export spezialisiert, deren Produktion bei Umstellung der deutschen Wirtschaft auf Kriegswirtschaft überflüssig war. Loesch erlitt ein von der übrigen Branche abweichendes Schicksal. Anders als bei H. SCHÄFER, Regionale Wirtschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Staat, Industrie und Verbände während des Ersten Weltkrieges in Baden (=Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg. Reihe B, Forschungen 95. Bd.), Stuttgart 1983, S. 51 ff. beschrieben.



- 4 In der Folge wird des öfteren aus diesen Aufzeichnungen zitiert. Die Zitate sind durch Anführungszeichen gekennzeichnet.
- 5 H. SCHÄFER, Wirtschaftliche und soziale Probleme des Grenzlandes. - In: Badische Geschichte. Vom Großherzogtum bis zur Gegenwart. - Stuttgart 1979, S. 168–183; R. ALLGEIER, Grenzland in der Krise. Die badische Wirtschaft 1928–1933. - In: Die Machtergreifung in Südwestdeutschland. Das Ende der Weimarer Republik in Baden und Württemberg 1928–1933. Hrsg. von Th. Schnabel. (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württemberg, Bd. 6). - Stuttgart 1982, S. 150–183.
- 6 Siehe dazu die entsprechenden Ausführungen in diesem Band zur Wirtschaftsgeschichte Endingens.
- 7 StA Endingen B IV, 2/35, 37, 38, 39.
- 8 StA Endingen B XII, 1/6.
- 9 wie Anm. 7.
- 10 StA Endingen B XIII, 1/14.
- 11 Die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Verhältnisse der Zigarrenarbeiter in Baden. Bericht des Gewerbeaufsichtsamtes. - Karlsruhe 1925, S. 57 ff.
- 12 StA Endingen B V, 2/75.
- 13 StaA Fr Gewerbeaufsichtsamt 596.
- 14 StaA Fr LA Emmendingen A VI – 3.
- 15 StA Endingen B IV, 3/100, 122, 131.
- 16 StA Endingen B II, 1/19.
- 17 StA Endingen B IV, 3/141.
- 18 StaA Fr LA Emmendingen A VI – 3.
- 19 „Kaiserstühler Nachrichten“ 5.11.27, St A Endingen B IX, 70.
- 20 StaA Fr. Gewerbeaufsichtsamt 596.
- 21 StA Endingen BV, 2/77.
- 22 StA Endingen B IX, 72.
- 23 An Veröffentlichungen zum Thema liegen vor: W. MIDDENDORF, Badischer Pitaval. Kriminalfälle aus unserem Lande. - Freiburg 1985, S. 128–138; K. J. HIRTNER, Fahnen raus! Der Daubmann kommt! - Freiburg 1981.
- 24 „Der Alemanne“ 31.5.1932; „Fridericus“ Juni 1932; „Der Führer“ 12.6.1932.
- 25 StA Endingen B XIII, 1/8 und 9.
- 26 StA Endingen B IV, 2/36.
- 27 StA Endingen B V, 2/77.
- 28 StaA Fr LA Emmendingen 206.
- 29 StaA Fr LA Emmendingen 1969/10.
- 30 Am 10.5.33 gehen die ersten in Endingen zum Arbeitsdienst. StA Endingen B IX, 72 und 76.
- 31 StA Endingen B IX, 73 u. 77.
- 32 StaA Fr LA Emmendingen A VII.
- 33 StaA Fr LA Emmendingen A XXII Rundfunk.
- 34 StA Endingen Urkunde 11, 1331, Jan. 13.
- 35 Badisches Städtebuch (Deutsches Städtebuch Bd. IV) Südwest-Deutschland 2. Land Baden-Württemberg, Teilband Baden. - Stuttgart 1959, S. 216.
- 36 KARL KURRUS, Die unschuldigen Kinder von Endingen (sog. Christenmord 1462 und Judenverbrennung 1470). - In: Schau-ins-Land, 83. Jahreshft 1965, S. 135–148.
- 37 StA Endingen Urkunde 106, 1+2, 1517, Dez. 29.
- 38 GLA 229/25014.
- 39 GLA 229/25069.
- 40 Im Angesicht der josephinischen Toleranzedikte schreibt im Jahre 1785 Meinrad Keck, K. K. Zoller in Endingen: „... mein Theuerster Landes Vater haben um die Heilsame Toleranz durch welche bey iztigen zeiten Fried und Menschenlieb herschet, follständig zu machen, auch meiner Vater Stadt Endingen ihr schon 323 Jahr Altes recht, daß keine Juden dieselbe betreten dürften abzuschaffen heilsam zu befehlen alernädigst geruehet, und diesem Judenvolck dieses Städtchen gleich andern Menschen zu durch wandern erlaubt. meine mehresten mitbürger wollen zwar annoch bey Ihro K. K. A. Mayestat eine bitte wagen, um ihr Altes recht wieder zu erhalten.“ GLA 229/25060. Dem steht das Gesuch der Gesamtjudenschaft entgegen, ihr den Zutritt in die Stadt Endingen und deren Gebiet wieder zu gestatten. GLA



229/25016. Diesem Gesuch wurde schließlich stattgegeben.

- 41 KARL KURRUS, Die unschuldigen Kinder (wie Anm. 36), S. 147.
- 42 Badisches Städtebuch (wie Anm. 35), S. 216.
- 43 THOMAS SCHNABEL, Von der Splittergruppe zur Staatspartei. Voraussetzungen und Bedingungen des nationalsozialistischen Aufstiegs in Freiburg i. Br. - In: Schau-ins-Land, 102. Jahreshft, 1983. S. 91–120.
- 44 U. D. ADAM, Zur Entstehung und Auswirkung des Reichsbürgergesetzes; L. GUCHMANN, „Blutschutzgesetz“ und Justiz. Entstehung und Auswirkung des Nürnberger Gesetzes vom 15. September 1935. - Beide in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Bd. 48, 1985, 30.11.85, S. 14 ff. u. 28 ff.
- 45 THOMAS SCHNABEL, Von der Splitterpartei (wie Anm. 43), S. 115.
- 46 StA Endingen B XI 2/42.
- 47 StA Endingen BXI 2/42. StA Fr. LA Emmendingen 1969/10.
- 48 Die Angaben stellte mir freundlicherweise Frau Stroell geb. Gut zur Verfügung, deren Familie damals einen Teil der Fabrikanlagen übernahm.
- 49 Die folgenden Angaben sind entnommen aus: StaA Fr LA Emmendingen 303.
- 50 Die Opfer der nationalsozialistischen Judenverfolgung in Baden-Württemberg 1933–1945. Ein Gedenkbuch. Hrsg. v. d. Archivdirektion Stuttgart (=Veröffentlichungen der staatlichen Archivdirektion Stuttgart, Beiband zu Band 20). - Stuttgart 1969, S. 34.
- 51 Ebenda S. 117. G. WIRTH, Die Hauser-Chronik. - Berlin 1982.
- 52 P. FREIMARK u. W. KOPITSCH, Der 9./10. November 1938 in Deutschland. Dokumentation zur „Kristallnacht“. - Hamburg 1978.
- 53 GLA 309/1211; E. O. BRÄUNCHE, Die „Reichskristallnacht“ in Freiburg. - In: Schau-ins-Land, 103. Jahreshft, 1984, S. 149–160.
- 54 D. K. ERDMANN, Judenvernichtung und „Ausmerzungen lebensunwerten Lebens“. - In: Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz. Hrsg. von Bracher / Funke / Jacobsen. - Bonn 1982, S. 529–538; J. ARNDT u. W. SCHEFFLER, Organisierter Massenmord an Juden in nationalsozialistischen Vernichtungslagern. - In: ebenda, S. 539–571.
- 55 StaA Fr LA Emmendingen XXII–5 Wiederaufbau.

#### Redaktioneller Nachtrag:

Der letzte große Kriegsschaden in Endingen entstand bei einem Fliegerangriff am 13. 3. 1945. Zahlreiche Tote und Verletzte waren zu beklagen.

Das Tagebuch eines Endinger Bürgers vermerkt aus diesem Jahr: „Am 20. April, abends 8 Uhr, wurden die Panzersperren um die Stadt geschlossen, bereits am Nachmittag um 3 Uhr waren französische Soldaten in Forchheim und in Wyhl eingetroffen. Jedoch ist erst am 1. Mai in Endingen eine Ortskommandantur eingerichtet worden, die von einem französischen Zivilarbeiter, der schon über zwei Jahre in der Lederfabrik Loesch gearbeitet hatte, geleitet wurde. Von nun an war Ausgang von 6 Uhr bis 20 Uhr. Kein Fahrrad darf fahren. Die Radios müssen abgegeben werden. Am 8. Mai wurde durch die Ortsschelle bekanntgegeben, daß der Waffenstillstand unterzeichnet worden sei, und zur gleichen Zeit wurde bekanntgegeben, daß morgen, den 9. Mai, Feiertag sei: Christi Himmelfahrt mit Prozession . . .“ (Festschrift 40 Jahre CDU-Stadtverband Endingen 1946–1986).

Die Zeit der niederdrückenden Diktatur und des furchtbaren Krieges war vorbei. Befreiung und Hoffnung vertraut der Schreiber seinem Tagebuch an: „Das Dritte Reich hat sein Ende gefunden. Jetzt können die Leute wieder reden wie sie wollen, ohne Angst zu haben, eingesperrt zu werden . . .“